

Ältere Arbeitslose

Vorsorgeschutz verbessern mit der Säule 3a

Arbeitslose ab Alter 55 brauchen viel länger, um wieder in den Arbeitsprozess integriert zu werden. Das Risiko einer Vorsorgelücke ist beträchtlich. Wenige Anpassungen in Gesetz und Verordnung könnten Abhilfe schaffen.

IN KÜRZE

In der 2. Säule können die Betroffenen nach ihrer Reintegration in den Arbeitsprozess die Lücken wieder einkaufen, sofern das Einkommen dies zulässt. In der Säule 3a sind rückwirkende Einkäufe nicht mehr möglich.

Hat der Arbeitnehmende die Stelle verloren, so genießt er noch einen Monat Nachdeckung bei seiner ehemaligen Pensionskasse. Danach verliert er deren Risikodeckung. Sofern die Person sich bei der Arbeitslosenversicherung meldet, übernimmt die Auffangeinrichtung obligatorisch die Risikodeckung. Bezieht der Arbeitslose keine Taggelder von der Arbeitslosenversicherung, kann er bei der Auffangeinrichtung das BVG-Minimum auf freiwilliger Basis versichern, aber nur, falls die untere Einkommenslimite überschritten wird.

Findet der Arbeitslose keine Arbeit in den ersten sechs Monaten, muss er seiner ehemaligen Pensionskasse mitteilen, welcher Freizügigkeitseinrichtung das Geld zu überweisen ist. Dabei ist er in seiner Wahl frei. Allerdings sind die Zinsen in der Regel erheblich tiefer als jene, die von den Pensionskassen gewährt werden. Wählt er alternativ eine Anlagestrategie, trägt er Risiko und Kosten, profitiert aber von den Anlagechancen. Ob der Betroffene in seiner Situation das Anlageisiko eingehen will, ist eher fraglich. Sollte er nämlich wenige Monate später einen Arbeitgeber und damit auch eine neue Pensionskasse finden, ist er früher oder später gehalten, die Freizügigkeitsgelder wenigstens teilweise der neuen Pensionskasse zu überweisen. Dabei riskiert er auf diesem Teil die Realisierung von Anlageverlusten wegen der Auflösung des Anlagedepots zur Unzeit. Die meisten Betroffenen wählen deshalb den partiellen Kapitalschutz – ein durchaus rationales Verhalten in dieser Situation.

Hat der Arbeitnehmende vor seinem Stellenverlust bereits das Alter 58 er-

reicht und lässt das Reglement der Pensionskasse dies zu, kann er das ganze Vorsorgekapital oder die Rente beziehen und in den Ruhestand treten, sofern er über ausreichendes Vorsorgekapital verfügt. Ist er oder sie jünger, dann wechselt das Kapital zur Freizügigkeitseinrichtung. In diesem Fall ist in der Regel nur der Bezug des Kapitals möglich und zwar erst ab Alter 60. Der Gesetzgeber hatte für diese Differenz wohl seine Gründe, aber an die Betroffenen und deren Bedarf nach Flexibilität in einer schwierigen Situation hat er kaum gedacht.

Warum bieten Freizügigkeitseinrichtungen keine Rente an?

Das Gesetz schliesst die Rentenoption für die Freizügigkeitseinrichtungen nicht aus. Trotzdem wird diese bis auf ganz wenige Ausnahmen nicht angeboten. Dies hat seinen guten Grund: Freizügigkeitseinrichtungen haben keine Risikoträger. Entweder trägt der Kunde das Anlageisiko selbst oder er begnügt sich mit einem fast risikolosen Zins für sein Kapital. Freizügigkeitseinrichtungen sind also eher Finanzinstitute als Versicherungen. Wollte eine Freizügigkeitseinrichtung Renten anbieten, müsste sie dies mit realistischen Umwandlungssätzen tun (Generationentafeln und technischer Zins tiefer als 1 Prozent), um das Sanierungsrisiko auszuschliessen. Auch in diesem Fall bleibt ein Restrisiko, das zu tragen wäre. Freizügigkeitseinrichtungen könnten also nicht bessere Konditionen anbieten als Lebensversicherungen – übrigens auch aus rechtlichen Gründen.

Die Auffangeinrichtung ist aufgrund der kürzlich erfolgten Scheidungsreform



Werner Hertzog
Mitglied des Vorstands
Verein Vorsorge Schweiz

in gewissen Fällen bereits dazu verpflichtet, Renten auszurichten. Im Rahmen des Projekts Altersvorsorge 2020 gibt es Bestrebungen, diese Pflicht für die Auffangeinrichtung auf den Freizügigkeitsfall auszuweiten.

Risikotheoretisch ist das abwegig und ginge nur, wenn der Bund zugunsten der Auffangeinrichtung eine Sanierungsgarantie abgeben würde. Wollte er dies, müsste er aufgrund der Gleichbehandlung allen Freizügigkeitseinrichtungen diese Garantie gewähren. Andernfalls wäre es ein Eingriff in den freien Markt, der bereits im Art. 60 Abs. 3 BVG untersagt ist. Es gibt also genug Gründe, diese Idee nicht zu verwirklichen – so verlockend sie auch sein mag.

Selbständigkeit ist problematisch

Die regionalen Arbeitsvermittlungen raten älteren Arbeitslosen oft zum Schritt in die unternehmerische Selbständigkeit. Dieser Schritt wird durch die Möglichkeit, Start- oder Risikokapital aus der 2. Säule zu beziehen, erleichtert. Damit entledigt sich die Arbeitslosenversicherung elegant eines Teils der Arbeitslosen. Diese Empfehlung ist mehr als problematisch, weil der Schritt in die Selbständigkeit in dieser Ausgangslage selten von Erfolg gekrönt ist und nach einem Misserfolg bereits ein Teil des Vorsorgekapitals vernichtet ist und der Staat umso mehr belastet wird.

In der Regel braucht es mindestens zwei Jahre, um als Selbständige/r im Markt erfolgreich Fuss zu fassen. Während dieser Zeit decken die Einnahmen oft nur die Kosten und das erzielte Einkommen ist gering. Damit ist es aber aus gesetzlichen Gründen ausgeschlossen, dass die Betroffenen steuerlich begünstigt in die 2. und 3. Säule Einzahlungen oder Beiträge leisten können. Dies ist inkonsistent und oft auch stossend. Man kann nämlich über wenig Einkommen verfügen und trotzdem Ersparnis auf der Seite haben. In diesem Fall sollte es doch möglich sein, den Sparprozess mit Blick auf die Zukunft weiterzuführen.

In der 2. Säule können die Betroffenen nach ihrer Reintegration in den Arbeitsprozess die Lücken wenigstens wieder einkaufen, sofern das Einkommen dies zulässt. In der 3. Säule (3a) sind rückwirkende Einkäufe nicht möglich.

Was könnte helfen?

Es braucht nicht viel, um Abhilfe zu schaffen.

Säule 3a

1. Das steuerlich begünstigte Vorsorgesparen sollte bis zu einem gewissen Betrag unabhängig von der Erwerbstätigkeit und vom Einkommen sein.
2. Steuerlich begünstigte Einkäufe sollten möglich sein, um aufgrund erzwungener Beitragspausen entstandene Vorsorgelücken zu schliessen.

Säule 2a

Das frühestmögliche Renten- beziehungsweise Leistungsalter sollte für Pensionskassen und Freizügigkeitseinrichtungen identisch sein (heute 58) und möglichst tief festgelegt werden.

3. Säule wurde vergessen

Das aktuell diskutierte Projekt Altersvorsorge 2020 wird von weiten Kreisen als Gesamtprojekt dargestellt. Die 3. Säule wurde jedoch einfach vergessen. Schade, weil gerade die 3. Säule gewisse (Abbau-)Massnahmen in der 2. Säule kompensieren und den politischen Konsens erhöhen könnte. Es ist noch nicht zu spät, das Versäumte nachzuholen. |

WERBUNG

PUBLICITÉ

prevanto
Vorsorgeexperten

Weitsicht, Sicherheit und Kontinuität

Prevanto versteht sich als Vorsorgeexperten mit Weitblick und bringt die versicherungstechnischen Parameter auf den Punkt. Ein rund 30-köpfiges Team mit über einem Dutzend zugelassener Expertinnen und Experten für berufliche Vorsorge betreut Vorsorgeeinrichtungen jeder Grösse unabhängig.



www.prevanto.ch

Les seniors au chômage

Améliorer la prévoyance par le biais du pilier 3a

Pour les chômeurs de 55 ans ou plus, la réintégration dans le processus de travail dure beaucoup plus longtemps. Et ils risquent dans la foulée d'accumuler un retard considérable dans la constitution de leur prévoyance. Quelques petites retouches au niveau de la loi et de l'ordonnance pourraient remédier à ce problème.

EN BREF

Les personnes au chômage peuvent combler les lacunes dans le 2^e pilier par des rachats après leur réintégration dans le processus de travail si leur revenu le permet. Dans le pilier 3a, les rachats rétrospectifs ne sont pas possibles.

Un salarié qui perd son travail reste assuré auprès de son ancienne caisse de pensions pendant encore un mois. Ensuite, la couverture des risques s'éteint. Si la personne en question s'annonce à l'assurance-chômage, l'institution supplétive assurera obligatoirement la couverture des risques. Si le chômeur ne touche pas d'indemnités journalières de l'assurance-chômage, il peut s'assurer facultativement auprès de l'institution supplétive dans les limites du régime obligatoire LPP, à condition que son revenu dépasse la limite inférieure.

Si le chômeur ne retrouve pas de travail dans les six premiers mois, il doit indiquer à son ancienne caisse de pensions à quelle institution de libre passage elle doit transférer son capital. Le chômeur est libre dans le choix de ladite institution. Cependant, les taux d'intérêt consentis par celle-ci sont généralement nettement inférieurs à ceux pratiqués par les caisses de pensions. S'il choisit une stratégie de placement en lieu et place, les risques et les coûts iront à sa charge mais il profitera aussi des opportunités de placement. On peut toutefois douter que dans sa situation, il ait envie de supporter le risque de placement. Car s'il devait retrouver un employeur quelques mois plus tard et donc entrer dans une nouvelle caisse de pensions, il sera tenu de transférer au moins une partie de son capital de libre passage à la nouvelle caisse de pensions. Et sur cette partie, il risque d'encourir des pertes de placement pour cause de résiliation du dépôt de placements en temps inopportun. C'est pourquoi les personnes concernées

choisissent généralement une protection partielle de leur capital, ce qui est tout à fait raisonnable dans leur situation.

Si le salarié avait déjà atteint l'âge de 58 ans au moment de perdre son emploi et que le règlement de la caisse de pensions le permet, il peut se faire verser tout son capital ou une rente et se retirer de la vie active, à condition que son capital de prévoyance soit suffisamment élevé. S'il est plus jeune, son capital va passer à l'institution de libre passage. Le cas échéant, seul le versement en capital sera normalement possible et seulement à partir de l'âge de 60 ans. Le législateur avait sans doute ses raisons en prévoyant cette différence, mais il n'a certainement pas pensé aux personnes concernées et à leur besoin de flexibilité dans une situation difficile.

Pourquoi les institutions de prévoyance ne proposent-elles pas de rente?

La loi n'exclut pas l'option de la rente pour les institutions de libre passage et pourtant elles n'en proposent que très rarement pour la simple raison qu'elles ne possèdent pas de répondant du risque. Le client supporte le risque de placement lui-même, ou alors il se contente d'un taux d'intérêt presque sans risque pour son capital. Les institutions de libre passage sont donc des instituts financiers plus que des assurances. Si une institution de libre passage voulait proposer des rentes, elle devrait pratiquer des taux de conversion réalistes (tables générationnelles et taux technique inférieur à 1%) afin d'exclure le risque d'assainissement.

Et même si c'était le cas, il resterait un risque résiduel à sa charge. Les institutions de libre passage ne pourraient donc pas proposer des conditions plus avantageuses que les assurances sur la vie, ne serait-ce que pour des raisons juridiques.

L'institution supplétive est déjà tenue de verser des rentes dans certains cas en raison de la récente réforme du droit du divorce. Certains efforts visent à étendre cette obligation de l'institution supplétive au cas de libre passage dans le cadre de la réforme Prévoyance vieillesse 2020. Cela ne ferait pas de sens du point de vue de la théorie des risques et ne serait praticable que si la Confédération accordait une garantie d'assainissement à l'institution supplétive. Si elle voulait le faire, elle devrait étendre cette garantie à toutes les institutions de libre passage en vertu du principe d'égalité de traitement. Sinon, il s'agirait d'une ingérence dans le marché libre, ce qui est interdit en vertu de l'art. 60 al. 3 LPP. Même si l'idée paraît tentante, de multiples raisons s'opposent donc à sa réalisation.

L'indépendance: une solution à double tranchant

Les offices régionaux de placement conseillent souvent aux seniors qui perdent leur emploi de franchir le pas vers l'indépendance. Un pas que leur facilite la possibilité de se procurer un capital de lancement ou de risque venant du 2^e pilier. L'assurance-chômage a ainsi trouvé un moyen élégant de se délester d'une partie des chômeurs. Cette recommandation n'est pas sans danger, car une indépendance bâtie sur un tel fondement

est rarement couronnée de succès et après un échec, une partie du capital de prévoyance est détruite et l'Etat sera mis à contribution encore plus fortement.

Normalement, il faut compter au moins deux ans avant qu'une activité indépendante ne commence à porter des fruits. Durant cette phase de lancement, les recettes couvrent souvent à peine les charges et le revenu est très modeste. Or la loi est ainsi faite que les personnes concernées ne peuvent alors pas bénéficier de privilèges fiscaux pour l'alimentation d'un 2^e et d'un 3^e pilier, ce qui est incohérent et souvent gênant. On peut en effet gagner peu et avoir quand même des sous de côté. Et si c'est le cas, on devrait pouvoir continuer le processus d'épargne pour s'assurer des lendemains sereins.

Dans le 2^e pilier, les personnes concernées ont au moins la possibilité de combler les lacunes par des rachats après la réintégration dans le processus de travail si leur revenu le permet. Dans le 3^e pilier (3a), les rachats rétrospectifs ne sont pas possibles.

Quels remèdes?

Il ne faudrait pas grand-chose pour remédier au problème.

Pilier 3a

1. Jusqu'à un montant à définir, l'épargne fiscalement privilégiée devrait être possible indépendamment de l'activité et du revenu.
2. Les rachats fiscalement privilégiés devraient être possibles pour combler les trous qui se sont ouverts dans la pré-

voyance lors de pauses de cotisation forcées.

Pilier 2a

L'âge auquel les rentes et les prestations peuvent être versées au plus tôt devrait être le même pour les caisses de pensions et les institutions de prévoyance et se situer à un niveau aussi bas que possible (aujourd'hui 58 ans).

Le 3^e pilier a été oublié

De vastes milieux saluent un projet global en la réforme Prévoyance vieillesse 2020. Or, le 3^e pilier y a été oublié. Et c'est d'autant plus regrettable que ce 3^e pilier pourrait compenser certaines mesures (de démantèlement) du 2^e pilier et ainsi contribuer à un meilleur consensus politique. Il n'est pas encore trop tard pour rattraper cet oubli. **I**

Werner Hertzog